Nieder mit dem Schleicher-„Notwerk der Jugend“

Werktätige Jugend Deutschlands, Alarm! . Der KJVD ruft zum Kampf!

Werktätige Jugend in Stadt und Land!

Die Ausführungsbestimmungen zum sogenannten „Notwerk der Jugend“ sind erschienen. Was Schleicher in seiner Rundfunkrede, was Hindenburg und die Reichsregierung in ihrer Weihnachtskundgebung angekündigt haben, das wird jetzt in die Praxis umgesetzt. Gleichzeitig werden die Vorbereitungen getroffen, um in wenigen Wochen bereits Jungwerktätige auf die großen Bauernhöfe und Güter zu verschicken.

Jungerwerbslose, was bringt euch dieses „Notwerk der Jugend“? Was bieten euch die Hindenburg, die Schleicher und ihre Schleppenträger, die Leipart und Hitler, an? Sie wollen euch „retten“, sagen sie. **Das erklären dieselben, die euch dem Hunger ausgeliefert haben, das erklären dieselben, die euch die Erwerbslosenunterstützung gestrichen haben. Sie sind es gewesen, die die Jugend in ein unbeschreibliches Elend hineingestoßen haben.**

Sie wollen euch „retten“. Wollen sie die Notverordnungen aufheben, durch die man euch die Unterstützung geraubt hat? Keineswegs! Sie bieten euch eine Bettelsuppe an, die nicht mehr als 15 bis 25 Pfennig kosten darf. Aber auch das tun sie nicht, ohne damit den Zweck zu verfolgen, euch noch tiefer in die Sklaverei hinabzustoßen. Vier Stunden sollt ihr zu sogenannter „sinnvoller Betätigung“ zusammengehalten werden, ehe man euch für würdig hält, die Bettelsuppe in Empfang zu nehmen.

„Sinnvolle Betätigung der Jugend“, das ist ein anderer Ausdruck für Sklavenarbeit ähnlich der, die im Arbeitsdienst geleistet wird, das ist ein anderer Ausdruck für die Vorbereitung für den imperialistischen Krieg.

Das Notwerk ist in Wahrheit nichts anderes als eine neue Form der Militarisierung und der Knechtung der werktätigen Jugend. Das Notwerk liegt auf der Linie der Aufrüstung des deutschen Imperialismus. Nicht umsonst ist in den Ausführungsbestimmungen festgelegt worden, daß als Leiter der Kameradschaften des Notwerks nur solche Leute in Frage kommen, die sich bereits im Arbeitsdienst oder in der Jugendführung oder in beruflichen Bildungsmaßnahmen bewährt haben.

Sagt das nicht genug? Erinnert euch daran, daß Schleicher in seiner Rundfunkrede den „Freiwilligen“ Arbeitsdienst und das „Jugend-Kuratorium“ selbst als **Vorläufer der allgemeinen Wehrpflicht** bezeichnet hat. Was für diese beiden Maßnahmen gilt, das trifft in vollem Umfange auch auf das Notwerk zu, ebenso wie für die Bauernhilfe.

Jungarbeiter in den Betrieben! Beweist eure Solidarität mit den Jungerwerbslosen. Der Schlag der Schleicherregierung geht auch gegen euch! Denkt daran, daß die Arbeiten, die im Freiwilligen Arbeitsdienst, in der Bauernhilfe und dem Notwerk verrichtet werden, auch die Löhne drücken. Denkt daran, daß man die Jugendlichen aus den Betrieben herauswirft, wenn sie ihre Lehrzeit beendet haben, denkt daran, daß die Arbeitslosenversicherung Millionen von euren Hungerlöhnen einzieht, die sie für die Knechtung und Militarisierung der Jugendlichen verwendet.

Wenn Schleicher in seiner Neujahrsrede erklärt hat, er hoffe, der deutschen Jugend das Recht zu wehrhaften Staatsbürgern wiederzugeben, dann kennzeichnet das die Pläne der deutschen Bourgeoisie, die stärker denn je zum imperialistischen Kriege rüstet.

Die bürgerlichen Parteien, von SPD bis NSDAP, beweisen von neuem ihre Jugendfeindlichkeit durch ihre Stellungnahme zum Notwerk. Die Führer der NSDAP verlangen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht, das Notwerk ist ihnen noch nicht Sklaverei und Militarisierung genug. Die SPD erklärt ihr Einverständnis mit dem Notwerk, indem sie im „Vorwärts“ sagt: „Für die Beschäftigung der erwerbslosen Jugend sind alle, auch die geringsten Mittel willkommen.“ Das Zentrum billigt gleichfalls das Hindenburg-Schleichersche Notwerk.

Wir Kommunisten aber rufen euch auf, den schärfsten Kampf gegen die neuen Maßnahmen zur Militarisierung der werktätigen Jugend zu führen. Wir wollen keine Bettelsuppen. Wir kämpfen dafür, daß der Jungerwerbslose leben kann. Wir fordern, daß man den hungernden Jungerwerbslosen ausreichende Unterstützung gibt. Wir zeigen der werktätigen Jugend, wie sie den Kampf zur Rettung vor Hunger und Frost führen muß, um sich Essen, Kleidung, Unterkunft zu erkämpfen.

Deswegen geht die faschistische Schleicherregierung mit dem Plan um, den Kommunistischen Jugendverband zu verbieten, um die Militarisierung der Jugend besser verfolgen zu können.

Wir Jungkommunisten appellieren in dieser Stunde an euch, Genossen der SAJ, Kameraden des Jungbanners, Kollegen der Gewerkschaftsjugend, Jungarbeiter der christlichen Organisationen, Jungwerktätige in SA und Hitlerjugend: Führt mit uns gemeinsam im Betrieb, auf der Stempelstelle, im Arbeitslager den Kampf gegen die neuen Maßnahmen gegen die Jugend. Kämpft mit uns gemeinsam für Arbeit und Brot.

Nieder mit der neuen Form der Militarisierung der Jugend, dem sogenannten Notwerk!

Nieder mit dem militärischen Drill, der Zwangskasernierung und der nationalistisch-faschistischen Verhetzung der Jugend, mit der schamlosen Ausbeutung der Jugend durch Arbeitsdienst, Notwerk und Bauernhilfe!

Wir fordern Arbeitsbeschaffung aller Jungerwerbslosen bei voller tariflicher Entlohnung!

Volle Unterstützung, Wohnung und Kleidung für alle Jungerwerbslosen!

Zentralkomitee des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands.

Delegierte zur Antikriegskonferenz

Zu der am 29. Januar stattfindenden Internationalen Konferenz gegen imperialistische Kriegsgefahr, gegen Nationalismus und Chauvinismus wurden im schlesischen Gebiet wiederum **drei Delegierte** gewählt, davon zwei in einer Versammlung in Groß-Wartenberg und einer in Militsch. Einer der Delegierten ist ein in der SPD organisierter Kleinbauer, der in Militsch gewählte Delegierte ist Kreisführer des Reichsbanners.

ADGB-Führer die offenen Stützen der Schleicher-Regierung

Die Gewerkschaftsführer „aller Richtungen“ wurden von dem Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, empfangen, um sie über die Durchführung des Arbeitsprogramms der Regierung zu unterrichten. Wie die Presse berichtet, haben alle Gewerkschaftsführer „befriedigende Eindrücke“ erhalten. Die Pläne Gerekes seien „keinem grundsätzlichen Widerspruch“ begegnet.

Die ADGB-Führer haben also dem Vertreter der Schleicherregierung ihr volles Einverständnis mit den geplanten Maßnahmen versichert. Wie der Reichsarbeitsminister und der Kommissar für Arbeitsbeschaffung mit Zustimmung der Gewerkschaftsbürokraten ernannt wurden, so werden jetzt alle Maßnahmen im engsten Einverständnis mit den ADGB-Führern vorbereitet und durchgeführt. Damit tragen sie auch die volle Verantwortung dafür. Sie sind die offenen Stützen der Schleicherdiktatur. **Verstärkt den Kampf um die Herstellung der Einheitsfront aller Arbeiter und Gewerkschaftler gegen den Schleicherkurs der ADGB-Führer.**

Margarine wird 25 Prozent teurer!

Der Margarine-Verband erklärt: „95 Prozent gute Ware durch Beimischungsgesetz mit Verderben bedroht“ . Weg mit der Margarine-Notverordnung Schleichers!

Das „Berliner Tageblatt“ von gestern morgen macht eine eingehende Rechnung auf, die der amtlichen Verlautbarung zum Butterbeimischungszwang auf Grund des Artikels 48 „grobe Irrtümer und Unrichtigkeiten“ nachweist. Bekanntlich hatte die Regierung behauptet, daß die Margarine nicht teurer wird. Das „Berliner Tageblatt“ weist jedoch Punkt für Punkt die tatsächlich eintretende Verteuerung auf und kommt zu dem Schluß: „Der Konsumentenpreis wird also eine Verteuerung von mindestens 6 Pfennig pro Pfund haben. Da heute die billigste Kommißmargarine im Laden etwa 25 Pfennig pro Pfund kostet, beträgt die Verteuerung bei dieser etwa 25 Prozent.“

Auch der Margarineverband erklärt in einem großen Inserat, daß die „Verteuerung eine absolute Notwendigkeit ist“. Der Verband schreibt weiter:

„In Holland wird eine erstklassige, in Deutschland nicht zur Verfügung stehende Butter der Margarine beigemischt — unter starker Preiserhöhung — und selbst dann bleibt nur eine Haltbarkeit der Ware von ungefähr zwei Wochen, eine für den bestehenden deutschen Verteilungsapparat auch nicht annähernd ausreichende Zeitspanne. Bei uns würde das neue Gesetz ungefähr 95 Prozent gute Ware mit Verderben bedrohen.“

Der „soziale“ General Schleicher hat den Beimischungszwang angeordnet, der euch die Margarine nicht nur verteuern, sondern auch noch ranzig machen wird.

Hungersnot sächsischer Arbeiter wächst

Aufreizende „Beruhigungsrede“ des Innenministers . Verstärkt den Kampf gegen Hunger und Frost!

Der sächsische Innenminister Richter hat im Rundfunk eine Rede über die „Winterhilfe“ gehalten. **Der Zweck dieser Rede war, die hungernden und frierenden Erwerbslosen, Kleinrentner und Mittelständler zu beruhigen und ihnen und ihren Familien weszumachen, durch die Betteltätigkeit der Winterhilfe könne ihre Not gelindert werden.** Er versteig sich dabei zu der Behauptung, „es sprächen sichere Anzeichen dafür, daß in diesem Winter der tiefste Punkt der Wirtschaftskrise erreicht sei und im Frühling eine Besserung der Wirtschaftslage und eine Auflockerung des Arbeitsmarktes eintreten würde“. Das könne aber nur erreicht werden, wenn jeder für die „Winterhilfe“ gebe.

Der „Silberstreifen“, von dem Richter wieder sprach, dient nun schon jahrelang dazu, die Arbeiterschaft zu narren. Alle Tatsachen weisen auf die Verschärfung der Arbeitslosennot hin. Die Erwerbslosenziffern steigen wieder unaufhaltsam. Gerade in Sachsen erfolgen in der jetzigen Zeit erneute Betriebsstillegungen und Massenentlassungen. Es sei nur an die Jutespinnerei in Meißen, an Seidel & Naumann in Dresden und an das Sachsenwerk in Niederfedlitz erinnert. Aber der Innenminister spricht allen Tatsachen zum Trotz von dem „zu erwartenden Aufstieg“.

Der sächsische Innenminister mußte die ungeheure Not der Massen der sächsischen Bevölkerung zugeben.

Während im Reichsdurchschnitt auf 1000 Einwohner 82 Erwerbslose kommen, sind es in Sachsen 127. Dabei ist auch die Dauer der Arbeitslosigkeit des einzelnen in Sachsen bedeutend höher als anderwärts.

Richter erinnerte daran, daß der Pfarrer Uhlig aus Oelsnitz im Erzgebirge kürzlich eine Rundfunkrede hielt, in der er u. a. folgendes sagte:

„Wovon leben denn diese Leute? Früh, mittags und abends kennt man nichts anderes als Kartoffeln und Leinöl, ab und zu einmal einen Hering und ein Getränk, das man Kaffee nennt. Viele können heute nicht einmal dieses bescheidene, an Abwechslung so arme Mahl aufbringen. Aufwendungen für Kleidung sind unmöglich. . . Bis jetzt ist alle Not und Sorge mit einem stillen Heldentum ertragen worden, aber dauert eine solche Krise Jahre, dann stirbt ein Volk an solchen Entbehrungen. . . Die Schwindsucht kann hier nicht ausgerottet werden, trotz der gesunden Luftverhältnisse.“

Der sächsische Innenminister ruft ausgerechnet einen Vertreter der Kirche als Kronzeugen der Not der sächsischen Bevölkerung an — derselben Kirche, der Millionen und aber Millionen aus den Steuergroschen der Armen in den Rachen geworfen werden und die erst kürzlich wieder den sächsischen Staat auf Zahlung von weiteren 5 Millionen Mark verklagt hat, obwohl ihr die ungeheuerliche Elendslage der Arbeiterschaft bekannt ist. Zeugnisse solcher Leute können nicht ehrlich gemeint sein. Diese Rundfunkreden entspringen nur der Furcht, daß die Hungernden und Frierenden ihre Not nicht länger mit dem „stillen Heldentum“ tragen werden, wie das der Herr Pfarrer nannte.

Die Armen werden nicht länger stillschweigend hungern, das ist die größte Sorge der herrschenden Klasse. Deshalb wendet sich auch der Innenminister Richter gegen die Feststellungen, daß sogar die Auszahlung der Hungerunterstützung gefährdet ist. Er nennt das „unwahre und irreführende Meldungen“. Dabei steht fest, daß schon jetzt Dutzende von Gemeinden die Wohlfahrtsunterstützung nicht zahlen konnten und die größte Zahl vor dem Bankrott steht. In Dresden müssen die Erwerbslosen vier Stunden lang in der Kälte und Nässe stehen, bis sie die paar Hungerpfennige ausgezahlt erhalten. Und Richter selbst muß zugeben, daß die Richtsätze auf das „äußerst erträgliche Maß“ herabgesetzt wurden. **Für einen Minister der herrschenden Klasse ist das „äußerst erträgliche Maß“, wenn die Arbeitslosen und ihre Frauen und Kinder dabei verhungern und von der Schwindsucht hinweggerafft werden.**

Doch die Notleidenden werden nicht länger stillhalten. Sie wissen, daß ihnen weder durch die Bettelei der Winterhilfe noch durch Straßenlotterien geholfen werden kann. Helfen kann nur der außerparlamentarische Kampf um die Winterhilfeforderungen der KPD. Her mit den im Ueberfluß vorhandenen Kohlen und Lebensmitteln und kostenlose Abgabe an die Arbeitslosen und Kleinrentner. Schon zittert die herrschende Klasse vor dem Kampfruf gegen Hunger und Frost. Verstärkt die einheitliche Kampffront in den Betrieben und auf den Stempelstellen.

Winterhilfe erkämpft

Die Erwerbslosen von Fraustadt (Schlesien) erkämpften sich durch ihr entschlossenes Auftreten unter Führung der KPD eine Winterhilfe in Höhe der Hälfte der Unterstützungssätze. Dieser Erfolg war jedoch nur dadurch möglich, daß die Delegierten, die die Forderungen beim Magistrat vorbrachten, durch Massenaufmärsche aller Erwerbslosen tatkräftig unterstützt wurden.

Sieg der roten Einheitsliste bei Siemens

Bei den Betriebsrätewahlen 1933 hat die Einheitsliste in Berlin ihren ersten großen Sieg errungen. Die Einheitsliste Siemens-Kabelwerk konnte trotz rigorosester Abbaumaßnahmen ihren prozentualen Anteil in der Belegschaft steigern. Es erhielten Stimmen:

	1933	1931
Einheitsliste	984	1191
Reformisten	784	1068
Nazis	275	374
Stahlhelm	418	610

Damit hat die Einheitsliste ihren prozentualen Stimmenanteil von 32,2 auf 38,4 Prozent steigern können. Dieses Beispiel muß ein Ansporn für alle Betriebsarbeiter sein, überall rote Einheitslisten aufzustellen und sie im Kampf für die Interessen der Belegschaft zum Siege zu führen.

Ruhrkumpels erkämpfen Gedingeerhöhung

Wie die Schachtgruppe des Einheitsverbandes der Bergarbeiter auf Bismarck 2, 6, 9 (Ruhrgebiet) mitteilt, wählten die Kumpels des Reviers 2 in einer Kutschenversammlung eine Gedingekommission, die mit einem Flugblatt die gesamte Belegschaft mobilisierte und die Kampfstimmung so steigerte, daß die Verwaltung gezwungen wurde, das Gedinge pro Wagen von 1,45 Mark auf 2,20 Mark zu erhöhen.

In Hamburg demonstrierten 50000

Gestern abend marschierten in Hamburg 50 000 Arbeiter und Erwerbslose auf der Mehrweide gegen die Schleicherdiktatur auf. In den Zügen fielen vor allem die zahlreichen Delegationen uniformierter Straßenbahner und eine starke Abordnung der werktätigen Bauern, die mit einer roten Sensenfahne marschierten, auf. Der Führer der Hamburger Arbeiter, Genosse Schubert, hielt eine mit Jubel aufgenommene Ansprache.

Königsberg, 5. Januar. In Königsberg kam es gestern zu Massendemonstrationen, an denen sich mehr als 10 000 Arbeiter beteiligten. In Elbing demonstrierten 6000 Arbeiter. Während der Demonstration in Königsberg versuchten die Nazis, zu provozieren und es kam an einzelnen Stellen der Stadt zu Zusammenstößen mit den demonstrierenden Arbeitern.

Das Ende der Staatspartei

Die Deutsche Staatspartei, die seit ihrer Gründung einen Kreisgang mit und in der fortschreitenden Faschisierung zu einer vollkommen bedeutungslosen Gruppe herabsank, steht vor ihrer endgültigen Auflösung. Von einer Anzahl staatsparteilicher Bezirksorganisationen sind Anträge gestellt worden, die Partei aufzulösen. Ueber diese Anträge soll der Gesamtvorstand der Staatspartei entscheiden, der am kommenden Sonntag in Berlin zusammentritt.